



Dr. Frank Brodehl anlässlich des Briefs, mit dem das Bildungsministerium den beim Land angestellten Lehrern Hinweise zum Reiseverhalten in Zeiten von Corona gab:

„Der oberlehrerhafte Ton war mehr als verfehlt“

Kiel, 30. Juni 2020

Ende vergangener Woche erhielten alle beim Land angestellten Lehrkräfte einen Brief des Bildungsministeriums, in dem Hinweise zu Urlaubsreisen ins Ausland gegeben wurden. Unter anderem wurde darauf hingewiesen, dass Lehrer, die sich nach dem Ferienende aufgrund von Coronafällen in Quarantäne begeben müssten, disziplinarrechtlich belangt werden könnten; deshalb werde ein "hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit verlangt", wie es in dem Schreiben heißt. Dr. Frank Brodehl, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Derartige Tipps hätte sich das Bildungsministerium getrost sparen können.

Erstens kam der Brief mit den Hinweisen für die Urlaubsplanung erst einen Tag vor Ferienbeginn in den Schulen an. Im Sinne der Fürsorge kann er demnach nicht geschrieben worden sein, denn die Reiseplanung beginnt naturgemäß nicht erst am letzten Schultag.

Zweitens enthält er inhaltlich reine Selbstverständlichkeiten, die nicht nur für Lehrkräfte, sondern für alle Landesbediensteten gelten. Auf diese Selbstverständlichkeiten hinzuweisen, kann in der Tat nur als Wichtigtuerei, Verdummung oder als oberlehrerhafte Bevormundung aufgefasst werden. Vollkommen unabhängig davon, ob man als Hausmeister oder als Schulleiter beim Land beschäftigt wird, ist es den Landesbediensteten durchaus zuzutrauen, ihre Reisevorhaben so durchzuführen, dass sie nach dem Ende der unterrichtsfreien Zeit wieder einsatzbereit sind.

Einmal mehr fällt eine Mitteilung des Bildungsministeriums dadurch auf, dass sie zwar *gut gemeint* ist – aber leider auch das Gegenteil von *gut*.“

